

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.02.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Fooken, Ralf

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolak, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm

Jacobs, Marion

Jebens, Christoph

Kloppenburger, Rainer

für Frau Helga Kruse

Beratende Mitglieder

Ludolph-Dawe, Karin

Ouedraogo, Abdou

Schwank, Ursula

Wilts, Elfriede

Wittmer-Kruse, Olaf

Sprengelmeyer, Thomas

Kühl, Eckhard

für Herrn Ralf-Günter Dietz

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Ihnen, Herald

Lücht, Richard

Stomberg, Beate

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Bamminger, Berendine
Bornemann, Bernd

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung stimmberechtigter sonstiger Mitglieder sowie Verpflichtung beratender Mitglieder

Frau Grix nimmt die Pflichtenbelehrung der stimmberechtigten sonstigen Mitglieder sowie der beratenden Mitglieder gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 7 „Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für das Jahr 2005“ von der Tagesordnung zu nehmen, da Frau Dr. Zander erkrankt sei.

Beschluss: Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0073

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden gemeinsam beraten.

Herr Lutz erklärt, auch mit dem jetzt vom Innenminister angekündigten Geld vom Land Niedersachsen habe die Stadt Emden noch ein Defizit in Höhe von 2,5 Mio. €. Solange dieses nicht beseitigt sei, könnten keine großen Investitionen getätigt werden. Dennoch sei man auf einem guten Weg. Gerade im Jugendhilfebereich müsse mit Sicherheit Hilfe geleistet und viel Geld in soziale Projekte investiert werden. 60 % des gesamten Haushalts würden in den sozialen Bereich fließen u. a. in die Sozialhilfe, Integration von Personen mit Migrationshintergrund, Kosten der Unterkunft in der Arbeitsgemeinschaft und auch in den Bereich Schule und Sport. Obwohl die Stadt Emden auf der anderen Seite Einnahmeverluste verzeichne, hoffe er, dass in den Jahren 2008/2009 wieder eine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit vorhanden sei. Voraussetzung hierfür sei aber, dass bis zu diesem Zeitpunkt keine großen Ausgaben gemacht würden.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, der Fachbereich Jugend, Schule und Sport habe die fünf Oberziele „Verbesserung der sozialen Rahmen- und Lebensbedingungen für Familien“, „Anbahnung generationsübergreifender Projekte“, „Reduzierung der Ausgaben im Rahmen Hilfe zur Erziehung“, „Steigerung der Schulabschlussquoten und Erhöhung der qualifizierten Schulabschlüsse“ sowie „Berufliche, schulische und soziale Integration von jungen Menschen bis 27 Jahren“ benannt. Im Fachbereich 600 seien eine Menge von sogenannten freiwilligen Produkten und Leistungen enthalten. Jedoch könne täglich den Medien entnommen werden, in welcher sozialen Lage sich die Republik und auch Emden befinden würde. Aus allen Bereichen werde ständig auf Missstände hingewiesen, die in die genannten Ziele hineinreichten. So gäbe es auch innerhalb der Verwaltung ein zähes und intensives Reiben aller zuständigen Stellen, um hier ein Maß zu finden, welcher Betrag im nächsten Jahr zur Verfügung stehe. Das Budget des Fachbereichs 600 belaufe sich auf über 25,5 Mio. €. Darin enthalten seien die Pflichtaufgaben, die Fixkosten und auch viele sogenannte freiwillige Leistungen.

Frau Meyer führt aus, die Fraktionen hätten über die einzelnen Punkte, die den Jugendhilfeausschuss betreffen, ausführlich diskutiert. Alle Fraktionen seien sich einig, sodass kein Beratungsbedarf mehr bestünde. Sie beantragt, die Vorlagen an die Fraktionen zu verweisen.

Herr Fooken gibt Frau Meyer grundsätzlich Recht. Er bittet jedoch, die Eintrittspreise in der Friesentherme noch einmal zu überdenken. Gerade bei dem Schwimmunterricht für Kinder sei eine deutliche Erhöhung gegenüber dem alten Hallenbad gegeben. Er schlägt vor, sozial schwachen Familien eine Unterstützung zu gewähren.

Weiter berichtet er von einer Situation in einem Einkaufscenter bezüglich des Umgangs mit einem Kleinkind. Er fragt an, ob es für diese Fälle eine Art Notfalltelefon gäbe und wenn nicht, ob man die Kosten hierfür im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigen könne.

Herr Lutz entgegnet, hinsichtlich der Friesentherme sei der privatrechtliche Weg gewählt worden. Somit könne dem Betreiber nicht die Höhe der Eintrittspreise vorgeschrieben werden. Dennoch habe sich der Rat vorbehalten, dass der Aufsichtsrat bei einer Veränderung der Eintrittspreise zu fragen sei. Wenn die Stadt Emden nunmehr der Meinung sei, sie möchte hier finanziell unterstützen, dann müsse sie dafür eine Haushaltsstelle schaffen und Geld für eine sogenannte freiwillige Leistung bereitstellen. Sie könne aber nicht den Betreiber verpflichten, Sozialleistungen zu erbringen. Seines Erachtens habe es zwischen den Parteien entsprechende Gespräche gegeben mit dem Ergebnis, dass dieser Antrag nicht mehr konsensfähig sei.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Auch sollten die freiwilligen Leistungen nicht ausgeweitet werden, bevor man sich nicht Gedanken darüber gemacht habe, woher das Geld zu nehmen sei.

Herr Sprengelmeyer erklärt, in der Stadt Emden gäbe es ein Bereitschaftstelefon, dessen Telefonnummer jedoch nicht öffentlich zugänglich sei, um Missbrauch zu vermeiden. In einer solchen wie der geschilderten Situation sollte man die Polizei anrufen, die sich dann wiederum an das Jugendamt wende.

Auf die Bemerkung von **Herrn Fooken**, dass Polizisten keinen kindgerechten Umgang finden würden, antwortet **Herr Sprengelmeyer**, die Polizei schalte sofort die Bereitschaftsstelle mit ein, wenn es sich um Kinder oder Jugendliche handeln würde. Er sei gerne bereit, unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt das Zusammenwirken innerhalb der Jugendhilfe detaillierter vorzustellen und zu diskutieren.

Frau Meinen verweist auf den Kinderschutzbund in Emden, der auch in die Familien gehe und sie ehrenamtlich betreue.

Herr Sprengelmeyer bittet darum, diesen Punkt an dieser Stelle nicht auszuweiten. Er betont noch einmal, sich bei solchen Situationen an die Polizei zu wenden.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe
836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010
Vorlage: 15/0074

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern für
das Jahr 2005
Vorlage: 15/0172

Ergebnis: zurückgestellt

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

- TOP 8** Landesprogramm "Familie mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen";
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.10.2006
- Antrag der FDP-Fraktion vom 01.11.2006
Vorlage: 15/0173

Herr Kühl trägt vor, im Herbst 2006 sei das Landesprogramm „Familie mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ bereits im Ausschuss vorgestellt worden, da es zu diesem Zeitpunkt neu aufgelegt worden sei. Das Programm beinhalte u. a. die Verbesserung der Betreuung für unter Dreijährige durch Ausbau der Tagespflege, die Verbesserung der frühkindlichen Bildung, die Verbesserung der Vereinbarung von Familie und Beruf sowie die Verbesserung der Vernetzung von Betreuungsangeboten. Im Dezember 2006 habe das Land Niedersachsen die entsprechenden Richtlinien veröffentlicht, die nunmehr im Wesentlichen die Verbesserung der quantitativen und qualitativen Angebote im Bereich der Kindertagespflege insbesondere für unter Dreijährige beinhalte. Eine der bereits genannten Bereiche würden demnach in diesen Richtlinien nicht mehr ausdrücklich genannt. Dennoch könnten mit dem Landesprogramm Maßnahmen gefördert werden, wie es auch in der Vorlage aufgeführt sei.

Weiter führt er aus, bereits im Herbst seien alle Einrichtungen angeschrieben worden. Daraufhin seien einige Antworten eingegangen. Nunmehr sollen die aktuellen Richtlinien Texte auch noch einmal an die Träger geschickt werden. Bestandteil der Förderung sei, eine maximale Summe zu bekommen. Die werde nach den Geburten aus dem Jahre 2005 berechnet und läge bei der Förderungssumme von knapp 110.000 €. Da die Kommunen diese Projekte mit mindestens 50 % gegenfinanzieren müssten, seien nach Abstimmung der Fraktionen 120.000 € in den Haushalt als Gegenfinanzierung eingestellt worden.

Frau Risius bedankt sich für den Bericht und bemerkt, ihre Fraktion sei erfreut darüber, dass sich die Fraktionen insgesamt vorbehaltlich weitere Beratungen entschlossen hätten, 120.000 € als Gegenfinanzierung in den Haushalt einzustellen, sodass das Programm in Emden laufen könne.

Herr Schild erkundigt sich nach den Öffnungszeiten der Kindertagesstätten. Seiner Ansicht nach seien diese nicht elternfreundlich.

Herr Kühl entgegnet, jede Einrichtung biete Sonderöffnungszeiten an. Dazu würden neben einem Drittel aller Einrichtungen über eine Mittagsbetreuung verfügen und eine mindestens sechsstündige Öffnungszeit anbieten. Einige wenige Ganztageseinrichtungen würden auch bis 17:00 Uhr geöffnet sein. Abschließend stellt er fest, die klassische Betreuung von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr würde es einfach nicht mehr geben.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- TOP 9** Problematik Neuer Markt;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2006
Vorlage: 15/0174

Herr Sprengelmeyer erklärt, im Jahr 2006 seien in Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden, dem Jugendamt und der Polizei verschiedene Begehungen durchgeführt worden. Dabei sei festgestellt werden, dass es sich bei den auffällig gewordenen Menschen in erster Linie nicht um Minderjährige handele. Auch sei es auf keinen Fall ein Problem mit Migrationshintergrund. Weiter seien bei diesen Begehungen keine gravierenden Vorfälle festgestellt worden.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Dennoch würden sie beibehalten werden, da dadurch die Wirte aufmerksamer geworden seien und ihren gesetzlichen Auflagen stärker nachkämen. Abschließend betont er noch einmal, die hier beschriebenen Probleme in der Öffentlichkeit seien in erster Linie keine von Minderjährigen.

Herr Ouedraogo appelliert, die Untersuchungen zu diesem Thema noch weiter zu intensivieren. Einige wenige Begehungen reichten nicht aus, um qualitative Feststellungen zu machen. Er betont, die Lage dürfe nicht exkalieren.

Herr Lutz berichtet, es handele sich um kein neues Problem. Es würden sich jüngere Menschen an den verschiedensten Stellen treffen und Alkohol trinken. Diesen hätten sie ohne einen Verstoß gegen das Jugendschutzrecht gekauft, da sie über 18 Jahre alt seien. Aufgrund des erhöhten Alkoholeinflusses käme es dann zu schweren Schlägereien. Mit ganz normalen Kontrollen könne dieses auch nicht verhindert werden, denn das Hauptproblem sei offensichtlich der Alkohol, der die Menschen zu sehr enthemme. Wenn man es nicht schaffe, in der Gesellschaft den Alkohol zu ächten, könne dieses Problem nicht gelöst werden. Daher sei es wichtig, schon an die Kinder heranzutreten und sie über gesunde Ernährung z. B. in den Schulen zu informieren. Auch müssten die Erwachsenen ihren Kindern selber ein Vorbild sein.

Frau Risius stellt heraus, die FDP-Fraktion habe in ihrem Antrag geschrieben, die CDU-Fraktion unterstelle der Verwaltung Unwilligkeit in Bezug auf den Neuen Markt. Das weise sie auf das Schärfste zurück. Der Fraktionsvorsitzende habe im Namen der CDU-Fraktion die Jugendschutzkontrollen angemahnt. Unwilligkeit sei niemanden unterstellt worden.

Weiter führt sie aus, ihre Fraktion werde in nächster Zeit prüfen lassen, ob zur Kontrollunterstützung auch technische Möglichkeiten zu nutzen seien.

Frau Meyer begrüßt die Durchführung der Kontrollen und hält es für erfreulich, dass wenigstens keine Jugendlichen bei den Begehungen aufgefallen seien.

Herr Schild berichtet von einem Gespräch mit Herrn Rangnow von der Polizei. Der habe sich dahingehend geäußert, dass die Polizei nichts unternehme, da es nicht ihre Aufgabe sei.

Er bemerkt weiter, ihm falle auf, dass keine Zusammenarbeit zwischen der Ordnungsbehörde und der Polizei erfolge. Außerdem stellt er fest, es finde keine Prävention statt.

Herr Lutz erwidert, jede dieser Begehungen habe stattgefunden unter Teilnahme von Mitarbeitern der Jugendbehörde, der Ordnungsbehörde und der Polizei. Bei einer Begehung sei die Polizei wegen Personalmangels im Hintergrund geblieben.

Weiter erklärt er, die Frage der Zuständigkeit sei eine ganz andere Sache. Wenn eine Straftat stattgefunden habe, müsse die Polizei diese aufnehmen und verfolgen. Da dürfe die Ordnungsbehörde nicht mehr tätig werden. Aus diesem Grunde sei die Polizei bei den Begehungen auch damit. Die Behauptung, dass es eine Zusammenarbeit nicht geben würde, sei unrichtig.

Bezüglich der Prävention führt Herr Lutz aus, sie beginne bereits im Kindergarten mit dem Programm „Faustlos“ und ende dort, wo die jungen Menschen nicht mehr einem direkten Einfluss unterstehen würden. Auch sehe das Rechtssystem nicht vor, dass den Menschen der Alkoholgenuß verboten werde.

Herr Schild begrüßt die Prävention im Kindergarten und erklärt, diese sei außerordentlich wichtig. Doch auch heute schon müsse man in der Lage sein, präventiv zu arbeiten. Er schlägt vor, Herrn Rangnow in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, damit er Präventionsmodelle vorstellen könne.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Meyer betont, wenn man sich wegen Problemen mit Kindern und Jugendlichen an die Polizei wende, bekomme man ausreichend Hilfe.

Herr Grix bemerkt, es bringe nichts, Versäumnisse aufzuzeigen, die irgendwann gemacht worden seien. Es müsse kontinuierlich weitergearbeitet werden. Seiner Meinung nach habe jede Zeit ihre Gewaltzeit und die Erwachsenen seien immer entsetzt über das Verhalten gewesen. Doch setze Prävention dort an, wo die Kinder erzogen würden und das seien die Familien.

Weiter erklärt er, bei der Stadt Emden gäbe es einen Präventionsrat. Auch Schulsozialarbeiter würden sich permanent mit dem Thema „Gewalt an Schulen“ auseinandersetzen und neue Projekte in Angriff nehmen. Es sei somit nicht richtig, dass behauptet werde, Prävention finde nicht statt.

Herr Ouedraogo erinnert daran, dass man bereits vor einigen Jahren überlegt habe, ob es eine Möglichkeit gäbe, Sozialarbeiter in den einzelnen Diskotheken zu implementieren. Er ist der Meinung, dass noch mehr in diese Richtung getan werden müsse, da seines Erachtens das Problem nicht im präventiven, sondern im sozialen Bereich liege.

Herr Kühl weist darauf hin, dass der Vorwurf, es gäbe keine Prävention, nicht stehen bleiben könne. Gerade heute habe die Fachgruppe Kommunale Prävention vereinbart, die nächsten Projekte im Rahmen der Alkoholprävention stattfinden zu lassen. Bereits jetzt würden eine Menge Aktivitäten in den Schulen stattfinden.

Herr Sprengelmeyer ist der Ansicht, dass dieser Punkt nunmehr ausführlich erörtert worden sei und man begreifen müsse, dass es sich hier hierbei um ein gesellschaftliches Phänomen handeln würde. Natürlich habe es früher schon Auseinandersetzungen gegeben. Doch die sozialen Probleme würden zunehmend mehr. Mittlerweile rede man in Emden auch schon von obdachlosen Jugendlichen und von jüngeren Kindern, die in kleineren Gruppen Vandalismus-schäden verursachten. Seiner Meinung nach seien die Begehungen ein erster Schritt, dem entgegenzusteuern. Diese Begehungen seien auch ein gutes Beispiel dafür, dass hier die verschiedensten Behörden tatsächlich zusammenwirken könnten. Diese gelinge aber nur dann, wenn Ressourcen zur Verfügung stünden. Darüber sollte gemeinsam mit der Polizei diskutiert werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Küchenanbau KiGa Barenburg sowie KiGa Paulus-Gemeinde und GS Grüner Weg;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 07.11.2006 (Barenburg)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2006 (Paulus-Gemeinde und Grüner Weg)
Vorlage: 15/0175

Herr Sprengelmeyer erklärt, in den letzten Jahren habe man sich schon oft in den Ausschüssen mit der Essensproblematik und Verpflegungssituation in der Kindertagesstätte Paulusgemeinde und in der Grundschule Grüner Weg unterhalten. In beiden Einrichtungen seien die Küchen seit Jahren komplett abgängig. Daraus sei die Idee entstanden, eine gemeinsame Verpflegungsküche für bei Einrichtungen zu schaffen. Eine gemeinsame Küche hätte ca. 330.000 € gekostet. Davon könnten 100.000 € aus Übertragungen zur Verfügung gestellt werden. Nach intensiven Beratungen sei die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Modellküche zur Zeit nicht finanziert werden könne. Danach habe man überlegt, was hinsichtlich der Vorhaltung eines guten kindgerechten Essens zu realisieren sei.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Der von Architekten geplante und durchgerechnete Lösungsvorschlag sei eine kleine Variante, die sicherstelle, dass in der Kindertagesstätte Paulusgemeinde gekocht werden könne. Dieser Vorschlag sei auch in der letzten Woche mit den Fraktionen beraten worden und solle nun umgesetzt werden. Die Küche würde 85.000 € kosten.

Weiter führt Herr Sprengelmeyer aus, die Paulusgemeinde und die Kindertagesstätte hätten im letzten Jahr Spendenmittel in Höhe von 18.000 € eingeworben, die für den Bau einer Verpflegungsküche zur Verfügung gestellt werden könnten. Dadurch würde der städtische Anteil noch 67.000 € betragen. Für die Gesamtfinanzierung beider Küchen fehlt demnach ein Betrag in Höhe von 42.000 €. Abschließend weist Herr Sprengelmeyer darauf hin, dass es sich hierbei um die kleinste mögliche Lösung handele, die dem Anspruch eines qualitativ guten Essens genügen würde.

Herr Bornemann ist der Meinung, dass sich hier Politik und Verwaltung ein Armutszeugnis ausstellen würden. Ein dringender Antrag habe drei Jahre gebraucht, um zu einer kleinstmöglichen Lösung zu kommen. Bereits Ende 2003 habe das Gesundheitsamt die Küche in der Kindertagesstätte beanstandet. Darauf hin sei ein Antrag seitens des Trägers an die Stadt Emden gegangen, dass dort Abhilfe geschaffen werden müsse. Im Februar 2004 habe dann die Kostenschätzung in Höhe von 150.000 € vorgelegen. Da es sich hierbei um eine hohe Summe handelte, habe sich der Kindergartenträger entschlossen, Spenden einzusammeln. Die Verwaltung der Stadt Emden habe aber im Haushaltsjahr 2004 keine Mittel in den Haushalt eingestellt, obwohl die Kostenschätzung bereits vorlag. Auch im Jahr 2005 seien keine Mittel eingestellt worden. Zwar hätten die Fraktionen übereinstimmend Mittel im Kinderkrippenbereich in den Haushalt eingebracht, doch konnten die nicht verwendet werden, da es sich hinsichtlich der Küche nicht um eine spezielle Kinderkrippe gehandelt habe. Der Kindergarten habe im Jahr 2005 selber eine Kinderkrippe eingerichtet und auch dafür trotz der schwierigen Lage die Essensversorgung aufrecht erhalten. Im Haushalt 2006 sei wiederum kein Geld eingestellt worden. Es hätte damals keine konkreten Zahlen gegeben, die man wirklich dort hätte einstellen können. Da alle Fraktionen gedrängt hätten, sei zumindest die Zusage gemacht worden, dass es im Haushalt 2006 eine Lösung gebe. Doch nun habe man das Haushaltsjahr 2007 und es sei bisher noch nichts passiert.

Seines Erachtens hätte die große richtungs- und zukunftsweisende Lösung der Modellküche für diese beiden Einrichtungen auch gut in das Topziel „Entwicklung der Rahmenbedingungen für Familien in Emden“ gepasst. Er finde es im höchsten Maße bedauerlich, dass dieses nicht umgesetzt worden sei.

Herr Bornemann begrüßt es, dass nunmehr eine Lösung gefunden worden sei, sowohl an der Schule Grüner Weg als auch im Paulus-Kindergarten die dringend erforderlich Essensversorgung sichern zu können, obwohl seiner Ansicht nach die größere Lösung wesentlich besser und wichtiger gewesen wäre. Denn in der Ursprungsplanung sei mehr geplant gewesen, als nur eine Küche. Aus diesem Grund könne er nicht akzeptieren, dass die Verwaltung und der Rat nunmehr die minimalste Lösung auf dem Weg bringen würde und dazu noch von der Gesamtsumme die 18.000 €, die eigentlich von den Spendern für zusätzliche Dinge gedacht worden seien, abziehe. Er halte es für die Pflicht als Verwaltung und Politik die 85.000 € komplett zur Verfügung zu stellen.

Herr Schild schließt sich den Ausführungen von Herrn Bornemann an. Er ist der Ansicht, dass der Wert einer guten nachhaltigen Familien-, Kinder- und Jugendpolitik im fertigen Haushaltsplan den Toiletten der Nordseehalle geopfert werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 11 Jugendtreff Petkum , Harsweg , Wybelsum;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 11.12.2006
Vorlage: 15/0176

Herr Ihnen erläutert ausführlich die Vorlage.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Risius bemerkt, die Grundschule Harsweg sei bereits 1976 aufgrund baulicher Mängel geschlossen worden. Kurz danach habe sich dort der Jugendtreff Harsweg etabliert und sei somit einer der ältesten Jugendtreffs in Emden. In der Anfangsphase habe er sich über lange Jahre sehr gut gehalten, sei jedoch zurzeit in einer schwierigen Phase. Dieses sei sicherlich auch auf die festgestellten baulichen Mängel zurückzuführen. Aus diesem Grunde habe sich auch der Bürgerverein Harsweg dort zurückgezogen und nutze jetzt nur noch die Halle.

Abschließend betont Frau Risius, sie würde sich sehr freuen, wenn weiterhin ein Konzept vorliegen würde. Es müsse aber gewährleistet werden, dass Geld für die Sanierung des Gebäudes in den Haushalt eingestellt werde, auch um eine Gefährdung auszuschließen.

Herr Fooken bedankt sich für den Bericht und ist erfreut darüber, dass die Stadt Emden mehr Räumlichkeiten den Jugendlichen zur Verfügung stelle. Er glaube, dass dadurch auch ein Teil Präventionsarbeit geleistet werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Krisenintervention und Kindeswohlgefährdung

Herr Sprengelmeyer berichtet, auch in Emden habe es im Nachgang des Todesfalls Kevin erhebliche Steigerungen von Meldungen über mögliche Kindeswohlgefährdungen gegeben. Dahinter würde sich auch immer die Frage in der Öffentlichkeit verbergen, wie die Jugendämter aufgestellt seien und ob in Emden ähnliches passieren könne. Die derzeitige Situation lasse in den letzten Monaten teilweise die Alltagsarbeit komplett wegfallen, da den Meldungen sofort nachgegangen werde. Um den anfallenden Bedarf auch bei Trennungs- und Scheidungsberatungen sowie Beratungen und Betreuungen von Familien mittragen zu können, habe sich die Stadt Emden entschlossen, hier eine zusätzliche Stelle befristet für ein Jahr einzurichten.

Weiter erklärt er, Kindeswohlgefährdung trete in allen Bereichen der Gesellschaft auf und sei immer nur die Spitze, wie und unter welchen Situationen Kinder zum Teil auch in Emden leben. Einen Vorfall wie in Bremen sei auch in Emden niemals auszuschließen. Zwar gehe man auf die Fälle sehr gut und qualifiziert ein, doch bleibe auch immer ein Risiko. Zwar seien seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer bemüht, die richtige Entscheidung zu treffen, doch würden sie auch für eine falsche Entscheidung haftbar gemacht. Dabei dürfe man den finanziellen Druck nicht vergessen, denn es werde auch über ein Stück Finanzen entschieden. Das sei ein Spannungsfeld, was diskutiert und abgewogen werden müsse. Dennoch stehe das Kindeswohl immer im Vordergrund.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

2. Erster Preis im „Dreikäsehoch-Wettbewerb“ für die Kindertagesstätte Schwabenstraße

Herr Kühl bemerkt, wie aus den heutigen Tageszeitungen bekannt, habe sich die Kindertagesstätte Schwabenstraße an einem Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung beteiligt und für ihr Konzept und ihre praktische Arbeit der Förderung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen und deren Familien bundesweit unter 184 Teilnehmern den ersten Platz erreicht. Die Anerkennung gebührt in erster dem Team der Kindertagesstätte, die das Konzept umsetzen würden. Es gehöre aber auch die Unterstützung und Struktur dazu, die gemeinsam vom Jugendhilfeausschuss und der Stadt Emden vorgehalten werde. Auf diesem Wege spreche er dem Kindertagesstättenteam seine Glückwünsche aus.

TOP 13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.